Gerrit Große in Neuenhagen

Auf den Anfang kommt es an. Schon in der Kita werden wesentliche Grundlagen für erfolgreiches Lernen gelegt. Die soziale Herkunft darf nicht länger ausschlaggebend für einen guten Bildungserfolg sein. Alle Kinder und Jugendlichen müssen gleiche Chancen erhalten. Gerade bei der Bildung darf nicht gespart werden. Führt nicht langes gemeinsames Lernen zur Benachteiligung der Besten? – Es war eine rege Diskussion am Donnerstagabend in der liebevoll hergerichteten ehemaligen Neuenhagener Dorfschule, der heutigen Arche.



Schüler, Lehrer und Elternvertreter stritten sehr engagiert mit Gerrit Große, bildungspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Die Linke.PDS auf Einladung ihrer Abgeordnetenkollegin Renate Adolph über die geplante Änderung des Schulgesetzes. Es handelt sich dabei um die 16. Schulgesetznovelle der Landesregierung in den zurückliegenden 10 Jahren. Allein diese Tatsache zeigt die Diskontinuität und Oberflächlichkeit, mit der Bildung im Land Brandenburg behandelt wird, sagte Große.

Nachbesserungen bei der Einführung der Oberschule sollen mit dem Gesetz, das die Regierung im Juni einbringen will, vorgenommen werden. Ein weiterer Abbau schulischer Infrastruktur ist geplant. Dabei werden die unterschiedlichen Bedingungen und demografischen Entwicklungen vom Metropolenregion und ländlichem Raum nicht berücksichtigt, kritisierte die Bildungsexpertin. So könnten statt der Schließung von Grundschulen mit ihnen geistig-kulturelle Zentren in den Dörfern erhalten und ausgebaut werden.

Zu den geplanten Leistungs- und Begabungsklassen äußerte sich Gerrit Große sehr bedenklich. Jeder Schüler sollte entsprechend seinen Fähigkeiten durch langes gemeinsames Lernen gefördert werden. Frühzeitige Entscheidungen für einen bestimmten Bildungsweg hätten bei vielen Kindern zu Überforderungen geführt. Andere wiederum würden daran gehindert, sich optimal zu entwickeln.

Sowohl Eltern und Schüler als auch die Abgeordneten kritisierten die Qualität der schulischen Bildung und die pädagogische Ausbildung der Lehrer.

Auch die vorgesehenen Änderungen am Schulgesetz lösen die grundsätzlichen Probleme der Bildung in Brandenburg nicht. Deshalb wird die Linksfraktion das geplanten Gesetz in der jetzigen Form ablehnen, betonte Große.



Eine Linde für Günter Voigt - Anläßlich seines 80. Geburtstages, gepflanzt in der Proffessor-Zeller-Straße am 14.05.2006.

Buchempfehlungen
Rosis Bücherecke 06-06

Heiner Flassbeck
50 einfache Dinge, die Sie über unsere Wirtschaft wissen sollten
Der neoliberale Anschlag auf Demokratie und Gerechtigkeit
Westend Verlag FF/M., 2006, 17,90 €

Deutschland ist nun schon viele Jahre von einer seltsamen Krankheit befallen: Reformitis. Eine Geisteskrankheit, die dazu führt, dass fast alle Menschen glauben, sie wüssten geradezu alles über Wirtschaft, man müsse in der praktischen Politik nur auf sie hören und schon wird alles gut.

Sie predigen Reformen, doch welche? Schlagworte sind dann: Steuern zu hoch, Sozialleistungen zu üppig, Gesundheit zu teuer, Rente unsicher, Bürokratie liegt wie Mehltau überm Land. So einfach.

Die „Gürtel-enger-schnallen“-Logik wird von jedermann nachgeplappert, weil sie ja so verständlich ist.

Vor etwa 20 Jahren haben sich deutsche Ökonomen entschlossen, gesamtwirtschaftliches Denken über Bord zu werfen, Mikroökonomie war angesagt und ersetzte die bis dahin geltende Makroökonomie. Warum? Beim makroökonomischen Denken spielte der Staat eine wichtige Rolle und den wollte man allzugern bei der Betrachtung sich selbst regulierender Märkte vollständig verbannen.

Kann man aber tatsächlich gesamtwirtschaftliches Denken verbannen ohne gewaltige Erkenntnisfehler zu machen?

Dieses Buch möchte an 50 konkreten Beispielen zeigen, dass es die Verhältnisse auf die Füsse zu stellen gilt, um weiter zu kommen. Unser Problem ist kein Durchsetzungsproblem sondern ein gewaltiges Erkenntnisproblem. Es geht fast nie um ideologische, sondern praktisch immer um logische Fragen.

Beim Lesen der Beiträge werden Sie verstehen, wie alternatives Denken in der Ökonomie funktioniert und fortan selbst beurteilen können, wie viel ökonomisches Gammelfleisch Ihnen täglich von Medien und politischen Meinungsträgern aufgetischt wird!

Rosis Bücherecke,
Roswitha Scharf,
Bischofsheimer Strasse 75,
15366 Neuenhagen,
Tel: 03342/80495
www.rosis-bücherecke.de

Es geht um die Würde des Menschen

Aus der Rede von Jens Rode, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitslosenverbandes Brandenburg, auf dem diesjährigen Maifest in der Arche.

Ein Leben in Würde ist für viele Menschen keine Selbstverständlichkeit. Peter Hartz hatte bei der Verkündung der Module zur Halbierung der Arbeitslosigkeit in Deutschland den Bürgern zugerufen: „Heute ist ein guter Tag für die Arbeitslosen in Deutschland." Die Reduzierung der Erwerbslosigkeit von 2002 bis 2005 um 2 Millionen sei eine plausible Größe. Begleitet wurde dieser Prozess aus Wirtschaft und Politik immer mit den Argumenten: Deregulierung, Globalisierung, Kostenminimierung. Mit meinem Verständnis ausgedrückt: Die Reichen müssen reicher werden, damit die Armen Arbeit finden!

Aber bleiben wir bei den Zielen der Hartz-Gesetze: Arbeitssuchende schneller und passgenauer in Arbeit integrieren und einen nennenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Dem stehen die realen Zahlen gegenüber: 2002 rund 238 000 und im März 2006 rund 255 000 Arbeitslose im Land Brandenburg, davon rund 157 000 Hartz IV-Empfänger.

Auf der einen Seite die überfällige Angleichung der Regelsätze Ost an West und im gleichen Atemzug Einsparungen durch gravierende Einschnitte in der Selbstbestimmung bei Erwerbslosen unter 25 Jahre. Unter dem Vorwand, dass Jugendliche beim Auszug aus dem Elternhaus auf Kosten der Allgemeinheit Sozialmissbrauch betreiben, werden ihnen jetzt bürgerliche Rechte aberkannt. Diese gesellschaftlichen Widersprüche dürfen nicht ignoriert werden. Deutschland ist Exportweltmeister aber allein in Brandenburg gibt es 200 000 Bedarfsgemeinschaften. Und die Auswirkungen spüren wir tagtäglich in unseren 70 Beratungs- und Dienstleistungsprojekten im Land Brandenburg – den Tafeln, den Möbelbörsen oder den Kleiderstuben – dort haben wir einen stetigen Anstieg zu verzeichnen.

Im März 2006 hatten wir rund 16 500 offene Stellen, davon nur 7500 auf dem ersten Arbeitsmark. Solange wir mehr Arbeitssuchende als offene Stellen haben, brauchen wir zukunftsweisende Lösungen. Dazu ist vor allem die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors geeignet. Umso bedauerlicher ist es, dass sich die Landesregierung fast vollständig aus der Arbeitsmarktförderung zurückgezogen hat.

Als Arbeitslosenverband Brandenburg erheben wir deshalb immer wieder die Forderung nach dem Erhalt und dem Ausbau der regionalen sozialen Infrastruktur, nach der Einrichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors und nach existenzsichernden Mindestlöhnen.

Mogelpackung „Reichensteuer"

Ganze 127 Mio Euro wird nach letzten Berechnungen die so genannte Reichensteuer den Bestverdienenden kosten. Müssen sie damit den Hauptanteil zum Füllen der leeren Staatskassen leisten? Die „Reichensteuer" ist eine Mogelpackung, ein reiner Propagandatrick von SPD bis CDU. Für mehr soziale Gerechtigkeit sorgt sie nicht. Die erwarteten Einnahmen sind schön geredet. Von ursprünglich hochgerechneten 1,2Mrd Euro bleiben wahrscheinlich noch höchstens 127 Mio Euro übrig. Allein die Rücknahme der letzten Absenkung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 42 % würden sofort 3,3 Mrd Euro in's Staatssäckel spülen. So wird gerechnet: Allein ein Prozent höhere Mehrwertsteuer spült 8 Mrd. Euro in die Kassen, aber gar um 3 Prozent will sie die große Koalition erhöhen. Das trifft vor allen die Armen, die Arbeitslosen, die Rentner und die Geringverdiener.

Und was ist mit der Kürzung der Pendlerpauschale? Allein die Abschaffung der Pendlerpauschale bis 20 km zieht den Arbeiterhaushalten 1,27 Mrd Euro – also das 10-fache der „Reichensteuer" – aus der Tasche. Die Senkung des Sparerfreibetrages bringt dem Fiskus weitere 630 Mio Euro ein.

Die IG Metall hat nach hartnäckigen Kämpfen gute Chancen für die Beschäftigten der Branche eine 3-prozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. Aber: Von jedem Euro Lohnerhöhung bleiben nach Abzug der Lohnsteuer und der Bedienung der Sozialkassen nur noch 50 Cent übrig, von denen wiederum beim Geldausgeben 10 Cent als Mehrwert-, Mineralöl-, Öko-, Tabak-, Brannt- und Schaumweinsteuer in die Taschen des Fiskus fließen.

Während also die 127 Mio Euro „Reichensteuer" in aller Öffentlichkeit behandelt und von den bürgerlichen Medien und den Unternehmerverbänden als schier untragbar für die deutsche Wirtschaft hingestellt wird, werden die zwei Mrd Euro, die sich aus den Lohnerhöhungen der Metallarbeiter ergeben in aller Stille abgezogen.

Es bestehen Befürchtungen, so suggerieren die bürgerlichen Medien, dass die „Reichensteuer" zu Staatsversagen führen könnte, in dem Reiche ins benachbarte Ausland abwandern und dadurch das Steueraufkommen sogar sinken würde. Fakt ist aber, dass rings um Deutschland weitaus höhere Steuern gezahlt werden müssen.

Fakt ist: Die gescheiterte Agenda 2010 von SPD und Co. findet mit der großen Koalition von CDU und SPD eine verheerende Fortsetzung. Die Reichensteuer ist die neue „Heuschrecke". Sie soll besonders der SPD Aufwind bringen. Sie ist ein Feigenblatt – mehr nicht.

Hartwig Wolff

Zitat Gregor Gysi:



„Unter Helmut Kohl musste jemand für sein steuerliches Einkommen eine Einkommenssteuer von 53 % bezahlen. Dank des Sozialdemokraten Gerhart Schröder und des Grünen Joschka Fischer muss er heute nur noch 42 % bezahlen. Nun meinte die Koalition, das jemand für sein steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 250 000 Euro im Jahr vielleicht doch 45 % Einkommenssteuer zahlen sollte, also immer noch deutlich weniger als unter Helmut Kohl. Das aber geht Herrn Steinbrück aus der SPD zu weit. Er hat die Reichensteuer so weit abgespeckt, dass der Fiskus praktisch kaum noch Mehreinnahmen hat."